

# Stadtpunkte 8|23



## IM FOKUS

Kongress Kommunale  
Wirtschaftsförderung in  
Gelsenkirchen

Mehr Platz für Geflüchtete in  
Landesreinrichtungen nötig

Altschuldenlösung:  
Spitzenverbände befürworten  
Verschiebung

Städtetag NRW appelliert: Reform  
der Schulfinanzierung ist überfällig

## FACHINFORMATIONEN

### AUS DEN STÄDTEN

Minden: Ein Bus wirbt für den  
Innenstadtbesuch

## KALEIDOSKOP

### GERN GESEHEN

Smartes Denkmal in Solingen:  
Vom Relikt der Arbeiterbewegung  
zum Biotop für IT-Firmen



Foto: Andreas Weiss



## Kongress Kommunale Wirtschaftsförderung in Gelsenkirchen

„Wirtschaftsförderung in Zeiten von Transformation – wie bleiben Kommunen attraktiv?“ lautete das Motto des Kongresses Kommunale Wirtschaftsförderung NRW am 30. August in Gelsenkirchen. Mehr als 140 Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Wirtschaftsförderungen aus Nordrhein-Westfalen diskutieren, wie die Wirtschaftsförderung mit den Unternehmen vor Ort den anstehenden Wandel erfolgreich gestalten kann. Wer zukunftsfähige Rahmenbedingungen schafft, schafft auch Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung.

„Der Erfolg vieler großer Transformationsprozesse – von der Energiewende bis zur Digitalisierung – entscheidet sich vor Ort in den Kommunen. Denn hier wird die Transformation umgesetzt“, erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände aus NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen (Städte-

tag), Landrat Dr. Olaf Gericke (Landkreistag) und Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer (Städte- und Gemeindebund) anlässlich des Kongressstarts. „Die kommunale Wirtschaftsförderung leistet dabei einen zentralen Beitrag. Ohne sie geht es nicht. Denn sie gestaltet die lokalen Wirtschaftsstandorte wesentlich mit. Sie arbeitet Tag für Tag dafür, die Wirtschaft vor Ort fit zu machen, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen und Arbeitsplätze zu schaffen.“

Die kommunale Wirtschaftsförderung ist ein Erfolgsgarant, wenn es um die wirtschaftliche Attraktivität von Städten, Kreisen und Gemeinden geht – auch und vor allem in Zeiten tiefgreifender Veränderungsprozesse.“ Ob klimaneutrale Energieversorgung, Nachhaltigkeit, Digitalisierung oder die Weiterentwicklung der Innenstädte – die kommunale Wirtschaftsförderung breche die großen



v.l.n.r. Christine Wilcken, Beigeordnete Städtetag NRW; Martina Rudowitz, Bürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen; Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen und Vorsitzender des Städtetages NRW; Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie stellv. Ministerpräsidentin NRW; Dr. Jürgen Grüner, Sprecher des Arbeitskreises Kommunale Wirtschaftsförderung NRW; Simon Nowack, Dezernent für Wirtschaftsförderung der Stadt Gelsenkirchen (Alle Fotos: Andreas Weiss)

Transformationsthemen mit Blick auf die Gegebenheiten vor Ort herunter, berate ansässige Unternehmen und Sorge so für zukunftsfähige Wirtschaftsstandorte in NRW, erklärten Kufen, Gericke und Ruthemeyer. „Die Herausforderungen der Transformation für die lokale Wirtschaft lassen sich nur als Querschnittsaufgabe angehen. Dafür brauchen wir den Schulterschluss mit dem Land. Gemeinsam können wir die passenden Rahmenbedingungen für unsere Städte und Unternehmen schaffen.“



Am Kongress nahm auch Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes NRW, teil. Ministerin Neubaur: „Nordrhein-Westfalen ist ein starker und attraktiver Wirtschaftsstandort. Damit das so bleibt, wollen wir das Land zur ersten klimaneutralen Wirtschaftsregion Europas machen. Die kommunalen Wirtschaftsförderungen nehmen bei diesem tiefgreifenden Wandel eine Schlüsselrolle ein. Im Schulterschluss setzen wir uns gemeinsam dafür ein, den Unternehmen im ganzen Land den Weg zu ebnen, um die digitale und nachhaltige Transformation erfolgreich zu bewältigen. So sichern wir Arbeitsplätze in einer innovativen, resilienten und zukunftsfesten Wirtschaft.“



Der Kongress Kommunale Wirtschaftsförderung NRW im Wissenschaftspark Gelsenkirchen wurde gemeinsam von den drei kommunalen Spitzenverbänden in NRW, dem Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften in NRW e. V. sowie NRW.Global Business veranstaltet.



## Mehr Platz für Geflüchtete in Landesreinrichtungen nötig

NRW benötigt mehr Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete – gleichzeitig hat das Land in der Vergangenheit Vorschläge von NRW-Kommunen für Landesunterkünfte zurückgewiesen. Dazu sagte Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, Ende August gegenüber der Rheinischen Post:

„Es gibt etliche Beispiele dafür, dass das Land Gebäude oder Flächen ablehnt, die von den Kommunen als Standorte für Landeseinrichtungen angeboten werden – aus Gründen, die wir nicht nachvollziehen können. Das Thema ist natürlich komplex. Die Botschaft, dass die Bevölkerung oder die Kommunen keine Landeseinrichtungen akzeptieren, ist aber zu simpel.

Sicherlich ist es für das Land und die Kommunen nicht einfach, überall die Akzeptanz für einen neuen Standort einer Landeseinrichtung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Manchmal macht es sich das Land aber auch unnötig schwer: Teilweise werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht frühzeitig eingebunden, wenn das Land Gespräche mit Dritten über Immobilien auf ihrem Stadtgebiet führt. Wenn dann die Information durchsickert, ist das Kind oft in den Brunnen gefallen und die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht mitgenommen. Die Kommunen sollten in solchen Fällen viel früher

eingebunden werden. Sie können helfen, die notwendige Akzeptanz herzustellen.

Teilweise scheint das Land von den Kommunen angebotene Standorte abzulehnen, weil ihm die Zahl der möglichen Plätze nicht reicht. Aber jeder zusätzliche Platz, der in Landeseinrichtungen geschaffen werden kann, hilft uns in den Städten. Das Land sollte bei der Größe der Einrichtungen flexibler werden: Wenn eine Kommune beispielsweise ein Gebäude für 200 Plätze anbietet, sollte das Land nicht einfach deshalb ablehnen, weil es eigentlich mit einer größeren Einrichtung planen will.

Aus einigen Städten haben wir auch die Rückmeldung bekommen, dass das Land aus finanziellen Gründen die von den Kommunen angebotene Lösung für eine Landeseinrichtung abgelehnt hat – mit dem Hinweis, man habe günstigere Standorte.

Wir haben seit vielen Monaten gefordert, dass das Land die Zahl der Plätze in Landeseinrichtungen auf 70.000 Plätze erhöht. Aber selbst das vom Land selbst gesteckte Ziel, wenigstens 34.500 Plätze zu schaffen, wurde nicht erreicht. Derzeit gibt es immer noch nur 30.000 Plätze in Landeseinrichtungen. Das reicht bei Weitem nicht aus, wie sich jetzt deutlich zeigt.“

Foto: Dan Race adobe.stock.com



Foto: Gordon Grand adobe.stock.com



Foto: Boris Zermann stock.adobe.com

## Altschuldenlösung: Spitzenverbände befürworten Verschiebung

Die Städte, Kreise und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen befürworten ausdrücklich, dass der Start einer Landeslösung für die kommunalen Altschulden von der Landesregierung verschoben wird und jetzt zum kommunalen Haushaltsjahr 2025 kommen soll. Angesichts vieler offener Fragen ist ein Einstieg in die Entschuldung zum 1. Januar 2025 eine realistische Zielmarke. Zur Kabinettsentscheidung am 22. August sagten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände aus NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen (Städtetag), Landrat Dr. Olaf Gericke (Landkreistag) und Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer (Städte- und Gemeindebund):

„Wir brauchen eine Lösung für das Altschuldenproblem. Ein Entschuldungsprogramm muss aber auch fair und nachhaltig sein. Wir begrüßen, dass die Landesregierung nach Jahren des Stillstands die Initiative ergriffen hat und jetzt gemeinsam mit den Kommunen den vorliegenden Entwurf weiterentwickeln will. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass zeitnah ernsthafte Gespräche zur Lösung der Altschuldenproblematik geführt werden. Denn der Bund hat mit seiner Sozialgesetzgebung wesentlich zum Aufwuchs der kommunalen Kassenkredite beigetragen und muss deshalb ebenfalls – wie auch von ihm zugesagt – einen maßgeblichen Beitrag zur Lösung liefern. Im Gegenzug muss das Land Spielräume für eine echte Landesbeteiligung im Landeshaushalt

2025 schaffen. Der bisherige angekündigte Anteil über die Grunderwerbsteuer reicht nicht aus.

Die Landesregierung hat zugesichert, die Landeslösung für die kommunalen Altschulden gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterzuentwickeln. Um dies zu realisieren, muss sich auch der Bund beteiligen. Wir stehen für einen Dialog auf der Suche nach einer guten Lösung bereit.“

### Titelfoto: Siegener Stadtreinigung mit Wasserstoff unterwegs

Seit wenigen Wochen fährt durch Siegen ein erstes mit Wasserstoff betriebenes Müllsammelfahrzeug der Siegener Stadtreinigung. Es trägt den Namen „Bluepower“ ist rund 17 Tonnen schwer und knapp elf Meter lang. „Für uns ist das ein riesiger Fortschritt, aber natürlich auch nur möglich, weil wir hier eine Wasserstofftankstelle haben“, freut sich Bürgermeister Steffen Mues.

Der Kaufpreis eines Wasserstofffahrzeugs liegt bei rund 1.065.000 Euro, fast 800.000 Euro mehr als bei einem herkömmlichen Müllsammelfahrzeug. 90 Prozent dieser Mehrkosten hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bezuschusst.

(Foto: Dr. Sabine Schutz/Stadt Siegen)

# Städtetag NRW appelliert: Reform der Schulfinanzierung ist überfällig

„Die Städte in NRW fordern von der Landesregierung, die Reform der Schulfinanzierung umgehend zum Laufen zu bringen. Es ist unbestritten, dass die Schulfinanzierung für die Zukunft neu geregelt werden muss. Denn die Reform der Schulfinanzen ist Dreh- und Angelpunkt für die Digitalisierung, die Ganztagsbetreuung, für Inklusion, Schulsozialarbeit und den Bau neuer Schulen in NRW. Das alles sind elementare Anforderungen an moderne und zeitgemäße Bildung, die bisher nicht angemessen finanziert werden. Leidtragende sind vor allem die Schülerinnen und Schüler, das Lehrpersonal, aber auch die Städte.

Die NRW-Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein Reformversprechen abgegeben. Bis zum Ende der Legislatur brauchen wir greifbare Ergebnisse, die die Schulfinanzierung nachhaltig verbessern“, sagte Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Essen.

Die Landesregierung hatte die Reform im Koalitionsvertrag zu einem zentralen Vorhaben dieser Legislaturperiode erklärt und versprochen, die Finanzierung der Schulen in NRW gemeinsam mit den Kommunen zu modernisieren. „Wir Städte stehen bereit und wollen als Schulträger konstruktiv mitwirken. Es ist höchste Zeit, dass wir das in die Jahre gekommene Modell von inneren und äußeren Schulangelegenheiten auf den Prüfstand stellen und aktuellen Anforderungen anpassen. Wir müssen in die Qualität von Schulen investieren und brauchen dazu eine an den Zukunftsaufgaben ausgerichtete Finanzierung. Damit werden die Städte aber derzeit allein gelassen.

Wir brauchen einen ehrlichen Blick auf die Ist-Situation und einen klaren Zeitplan für konkrete Reformschritte. Dabei geht es nicht nur ums Geld, sondern auch um die

verbesserte Kooperation bei Bildungsaufgaben“, sagte Thomas Eiskirch, stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Bochum. Grundlage für den Reformprozess müsse umgehend ein Gutachten sein, das die bisherige Finanzierung und die finanziellen Bedarfe systematisch erfasst und bewertet und mit den kommunalen Spitzenverbänden in NRW abgestimmt ist. Daraus muss ein gemeinsamer Ansatz entstehen, wie die veränderten Anforderungen an Schulen und Schulträger strukturell abgesichert und die Kosten gerecht verteilt werden. Die dann gefundene Lösung muss deutlich länger halten als eine Legislaturperiode.

## Digitalisierung: Investitionslücke nach 2024 wäre fatal

Mit einmaligen Förderprogrammen wie dem DigitalPakt Schule konnten die digitale Infrastruktur ausgebaut und viele digitale Endgeräte angeschafft werden. Der Pakt von Bund und Ländern sieht für NRW bis 2024 insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro vor. Hier sind über 80 Prozent der Mittel bereits fest verplant. Doch eine umfassende Strategie und eine nachhaltige Finanzierung der Digitalisierung an Schulen fehlte bisher. „Wenn für den DigitalPakt Schule nicht bald ein Nachfolgeprogramm kommt, drohen die Schulen zu digitalen Investitionsruinen zu werden. Eine Investitionslücke nach 2024 wäre fatal.

Wir brauchen ein gemeinsames Zielbild und eine Verständigung mit den Kommunen: ‚Wie soll die digitale Schule 2030 aussehen?‘ Wir brauchen eine Roadmap, die den Städten Planungssicherheit gibt“, forderte Kufen. Es gehe darum, die aufgebaute digitale Infrastruktur in Stand zu halten und digitale Lernangebote auszubauen. Zudem müssen alle Lehrkräfte regelmäßig fortgebildet werden. Diese Aufgabe braucht eine

solide Finanzierung, auch durch das Land. Der vom Bund angekündigte Digitalpakt 2.0 wird voraussichtlich frühestens 2025 kommen. „Ein Digitalpakt 2.0 muss den Ausbau der digitalen Infrastruktur sicherstellen, aber auch IT-Kräfte dauerhaft finanzieren, die für den nötigen Support sorgen und die Lehrkräfte merklich entlasten. Die Schulträger brauchen Klarheit, wie digitale Bildungsangebote sowie der Ausbau und Support digitaler Infrastruktur künftig finanziert werden. Eine digitale Ausstattung der Schulen nach Kassenlage darf es nicht geben“, so Kufen.

### Ausbau der Ganztagsbetreuung endlich konkret machen

Die Städte brauchen außerdem dringend Klarheit, wie das Land den Rechtsanspruch auf den schulischen Ganzttag umsetzen will. Der stellvertretende Vorsitzende Eiskirch machte deutlich: „Die Städte brauchen Planungssicherheit. Der Zeitdruck ist da. Der Rechtsanspruch greift ab Sommer 2026, deshalb müssen wir jetzt zügig Kapazitäten erweitern und Plätze ausbauen. Wir wissen aber noch immer nicht, welche konkreten Rahmenbedingungen für die Ganztagsbetreuung in NRW gelten werden.“

Das Land muss jetzt endlich für Klarheit sorgen. Auch die Förderrichtlinie muss kommen.“ Außerdem müsse das Land endlich mit denen sprechen, die den Ganzttag vor Ort gestalten sollen. „Wir wollen einen rhythmisierten Ganzttag mit Unterricht und aufgelockerten Förderangeboten über den Tag verteilt. Eine feste Aufteilung ‚Unterricht vormittags, Ganzttag nachmittags‘ ist nicht mehr zeitgemäß. Dazu muss das Land mit uns gemeinsame Eckpunkte vereinbaren, in die die Erfahrungen der Kommunen einfließen.“

Die Kommunen werden vom Land verpflichtet, die Plätze bereit zu halten – also müssen sie beteiligt werden.“ Eiskirch forderte außerdem ein ehrliches Erwar-



Schülerinnen bei der Recherche (Foto: Patrick Schulte LWL-Medienzentrum)

tungsmanagement zum Rechtsanspruch. „Ein bedarfsdeckendes Angebot in der Fläche zum Schuljahr 2026/2027 wird immer unwahrscheinlicher. Denn dafür wurden die Städte – auch vom Bund – zu lange hingehalten, obwohl seit Jahren feststeht, dass der Rechtsanspruch 2026 kommen soll.“

### Investitionsprogramm für den Schulbau jetzt

Bis eine nachhaltige Reform der Schulfinanzierung greift, vergeht Zeit. Deshalb brauchen die Schulträger die Neuauflage eines Schulinvestitionsprogrammes. „Wir müssen jetzt Schulen ausbauen und sanieren. Die Klassen platzen wegen gesteigerter Geburtenzahlen und zugewanderter Kinder aus allen Nähten. Wir brauchen deutlich mehr Schulplätze und dafür die nötigen Räume. Zudem steigen die Baukosten massiv. Die Investitionshilfen des Landes decken das nicht ab. Schon jetzt wird der Investitionsstau bei den Schulen immer größer und das Lernumfeld unserer Kinder verschlechtert sich weiter“, so der Städtetagsvorsitzende Kufen.

## Kommunalberatung Klima- folgenanpassung NRW gibt Orientierungshilfe

Die „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ hat im Auftrag des Umweltministeriums NRW eine Orientierungshilfe zur Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Berücksichtigungsgebots gemäß § 6 Klimaanpassungsgesetz NRW veröffentlicht. Die Orientierungshilfe „Klimaanpassungs-Check für Kommunen in NRW“ skizziert die wesentlichen Prämissen – Zuständigkeit, Frühzeitigkeit, Nachvollziehbarkeit – die es einzuhalten gilt, macht Vorschläge zum Verfahren und gibt Hinweise zur Umsetzung.

<https://kommunalberatung-klimaanpassung-nrw.de>



## Fachtagung „Sozial, gerecht, bezahlbar – Neue Ideen für das Wohnen“

Bezahlbares Wohnen für alle in Stadt und Region ist das Thema der öffentlichen Fachtagung und des wohnungspolitischen Dialogs am Montag, dem 23. Oktober 2023, von 9.30 Uhr bis 18.30 Uhr im Könzgen Haus in Haltern am See. Auf dem Programm stehen Impulsvorträge zu Neubau- und Modernisierungskonzepten, zur Baulandmobilisierung oder zu Instrumenten und Förderkonzepten von Land und Bund.



## Kultur: Nationale und euro- päische Förderprogramme im Überblick

Wie kann mir Erasmus+ dabei helfen, mich mit europäischen Partnerinnen und Partner auszutauschen? Wie kann ein Projekt zum Thema ökologische Nachhaltigkeit im EU-Programm Kreatives Europa KULTUR aussehen? Welche verschiedenen Förderprogramme mit nationalem und europäischem Zuschnitt lassen sich zusammenbringen? Fragen wie diese stehen am 31. Oktober 2023 im Fokus der Veranstaltung „Kultur. Nachhaltig. Fördern“ im Horion-Haus des Landschaftsverbandes Rheinland in Köln. Die Veranstaltung ist kostenlos und eine Kooperation zwischen dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und dem Creative Europe Desk KULTUR (CED KULTUR).

<https://kultur.creative-europe-desk.de/services/events/kultur-nachhaltig-foerdern/>





## Minden: Ein Bus wirbt für den Innenstadtbesuch

Lass uns in die Stadt fahren – mit diesem Slogan als Hingucker, in großen Buchstaben auf einem Gelenkbus platziert und ergänzt mit vielen grafischen Elementen und Gebäuden aus dem Stadtgebiet, wirbt die Stadt Minden für den Besuch ihrer Innenstadt etwa zum Einkaufen oder zum Erleben der Gastronomie, für Veranstaltungen oder zum Verweilen. „Was alles zusammenhält ist die Weser, sie ist das verbindende Element“, erläutert Lena Arendmeyer von der städtischen Öffentlichkeitsarbeit das Motiv.

Auf den insgesamt rund 40 Metern Länge des Busses sollen die vielen Vorzüge der Mindener Innenstadt erkennbar und erfahrbar werden, von den Menschen innerhalb der Stadt, aber auch rund um das Mindener Stadtgebiet herum. Der neugestaltete „Innenstadt-Bus“ soll aufzeigen, was die Weserstadt zu bieten hat. „Zum einen

macht der Bus auf unsere vielseitige Historie aufmerksam, also die Marienkirche, das Rathaus oder den Weserspucker. Zum anderen zeigt er auch, was die Stadt erlebbar macht.“ unterstreicht Innenstadtmanager Johannes Schneider. Minden sei immer einen Besuch wert, sei es zum Shoppen oder für Events, Erlebnisse, Vielfalt, Bummeln und Schlemmen. In Mindens Innenstadt ist vieles möglich, zeigen sich die Stadtmarketing-Leute überzeugt.

Der Gelenkbus fährt für die Teutoburger Wald Verkehr. Er wird innerhalb von Minden und über das Stadtgebiet hinaus eingesetzt und soll so viele Bürgerinnen und Bürger erreichen und sie für einen Ausflug in die Innenstadt gewinnen.

[www.minden.de](http://www.minden.de)



## Schulbaupreis NRW 2023 vergeben

Zehn Schulneubauten in NRW, darunter sechs aus den Städtetagsmitgliedsstädten Köln, Münster und Wuppertal, sind mit dem Schulbaupreis NRW 2023 ausgezeichnet worden. Der Preis wurde vergeben vom Ministerium für Schule und Bildung NRW und der Architektenkammer NRW.

Zu dem Auszeichnungsverfahren waren 63 neue, umgebaute und erweiterte Schulgebäude eingereicht worden. Der Preis soll die Bedeutung der Architekturqualität von Schulgebäuden herausstellen und ihren nachhaltigen, positiven Einfluss auf die pädagogische Arbeit in der Schule betonen.

[www.aknw.de](http://www.aknw.de)

## IGA 2027 in Dortmund: Kokereigelände soll Park werden

Auf dem Gelände rund um die ehemalige Kokerei Hansa in Dortmund soll ein Park entstehen. Der Park ist als Teil des Zukunftsgartens der Internationalen Gartenausstellung (IGA) Metropole Ruhr 2027 geplant. Neben klassischen Parkelementen sollen ein Bewegungsgarten mit Sportangeboten für unterschiedliche Altersgruppen und Wassergärten entstehen. Höhepunkt des Zukunftsparks solle eine „Wolke“ genannte, begehbare Spiel- und Erlebnisskulptur werden, bestehend aus sieben ineinander verschränkten Stahlringen mit Kletternetzen und einem Durchmesser von bis zu 27 Metern.

<http://www.dortmund.de/iga>



## Hamm, Duisburg und Bochum laden zum Wasserstoffkongress

„Hy.Summit.Rhein.Ruhr“ ist der Titel des Wasserstoffkongresses vom 18. bis 20. September in Hamm, Duisburg und Bochum. Zum Austausch und zur Informationsvermittlung zusammen kommen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, u.a. NRW-Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubauer. Im Fokus steht die Etablierung von Wasserstofftechnologien.

<https://www.hy-summit.ruhr>





Bürräume und Kommunikationsbereich  
im Coworkingspace  
(Fotos: Stadt Solingen)

Denkmalgeschützte Fassade der ehemaligen  
Konsumgenossenschaft

## Smartes Denkmal in Solingen: Vom Relikt der Arbeiterbewegung zum Biotop für IT-Firmen

Strukturwandel kann ein Gewinn für alle sein: Nicht nur „die Wirtschaft“ profitiert, auch die Stadtkultur. Deshalb bin ich froh über Orte, die eindeutig für positive Veränderung unserer Stadt stehen. Solch ein besonderer Ort ist der denkmalgeschützte Komplex der Konsumgenossenschaft „Solidarität“ aus dem Jahr 1915 im Stadtteil Ohligs.

Nach dem Verbot der Genossenschaft durch die Nationalsozialisten sah das Ensemble vielfältige Nutzungen, wobei die Baubsubstanz sehr litt. 2019 erwarb ein dynamischer IT-Unternehmer das Bauwerk und sanierte es. Unter einem Dach finden sich heute sein Softwareunternehmen, ein Restaurant, ein Fitnessstudio, vor allem aber ein Coworking-Space, der weitere „Gründer“ und IT-affine Startup-Unternehmen anzieht. Coworking steht für Austausch und Kommunikation

der Mieter aus verschiedensten Branchen, und damit für ein kreatives „Biotop“, in dem neue Lösungen, neue Ideen entstehen können - und neue Firmen. Das Konzept ist so überzeugend, dass sich die Stadtverwaltung entschlossen hat, ihre IT-Abteilung „Solingen.Digital“, Nachfahrin des Amtes für Automatisierte Datenverarbeitung, hier unterzubringen. Probeweise für zwei Jahre arbeiten 28 Mitarbeitende auf vierzehn angemieteten Coworking-Arbeitsplätzen.

So wird die Stadt Solingen Teil dieses besonderen „Öko-Systems“ und beschleunigt den bereits eingeschlagenen Weg zu SmartCity und Verwaltungsdigitalisierung.

Tim-O. Kurzbach  
Oberbürgermeister  
der Klingensteinadt Solingen



Herausgeber:  
Städtetag Nordrhein-Westfalen  
Gereonstraße 18–32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag-nrw.de](mailto:post@staedtetag-nrw.de)  
Internet: [www.staedtetag-nrw.de](http://www.staedtetag-nrw.de)  
Twitter: [@staedtetag\\_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-  
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,  
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann  
Gestaltung: Anna-Maria Roch  
Layout/Druck: Gabriele Klein,  
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752  
Köln, September 2023